Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0245/2016
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	30.06.2016	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	05.07.2016	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

**Genehmigung der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes
2016/2017 durch den Landrat - hier: Entscheidung über das weitere
Vorgehen hinsichtlich der erteilten Auflage**

Beschlussvorschlag:

- 1. Die fristwährend erhobene Klage gegen die mit der Genehmigung des HSK 2016/2017 durch den Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises erteilte Auflage, ab 2017 eine Kostenmiete für den Immobilienbetrieb zu veranschlagen, wird zurückgenommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Handlungsoptionen zu prüfen und dem Rat zu seiner nächsten Sitzung einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten.**

Sachdarstellung / Begründung:

Mit Bescheid vom 29.04.2016 hat der Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises die Genehmigung für die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Bergisch Gladbach für die Jahre 2016/2017 erteilt, jedoch unter der Auflage, dass der Rat bis spätestens Ende 2016 eine Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2017 mit Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes beschließt, in der eine angemessene Kostenmiete für die Bereitstellung der städtischen Immobilien durch den Immobilienbetrieb veranschlagt wird. Für den Fall, dass hierdurch ab dem Zieljahr 2021 kein Ausgleich mehr dargestellt werden kann, seien zusätzliche Maßnahmen zur Gegenfinanzierung einzustellen. Die Verfügung des Landrates ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Um dem Rat alle Handlungsoptionen offenzuhalten, hat die Verwaltung beim Verwaltungsgericht Köln fristwährend Klage gegen die erteilte Auflage erhoben.

(Nachrichtlich: Die Auflage der Kommunalaufsicht betrifft allein das Haushaltsjahr 2017 und hat daher keine Auswirkungen auf die Bekanntmachung der Haushaltssatzung und auf die Haushaltswirtschaft für das Jahr 2016.)

Historie

Der Immobilienbetrieb wird seit vielen Jahren als eigenbetriebsähnliche Einrichtung geführt.

Seit mit der Gründung der AöR 2011 ein Großteil der Grundstücke mit Vermarktungspotential an die AöR übertragen wurden und alle rentierlichen Grundstücksgeschäfte nun von dieser wahrgenommen werden, sind dem Immobilienbetrieb hauptsächlich die Schul- und Verwaltungsimmobilien geblieben, die einen enormen Sanierungsstau aufweisen und keinerlei Gewinne versprechen. Daraus folgten hohe und zunächst weiter wachsende Verluste im Immobilienbetrieb.

Aufgrund dieser Entwicklung forderte die Aufsichtsbehörde seit mehreren Jahren die Einführung einer sogenannten „Kostenmiete“, dabei berief sie sich auf § 10 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW).

Da eine Kostenmiete voraussichtlich für den Kernhaushalt den Verlust der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes bedeuten würde, hat die Stadt wiederholt avisiert, die Kostenmiete einzuführen, sobald der sogenannte „Stadtwerke-Effekt“ als Kompensation wirksam wird.

Dieser „Stadtwerke-Effekt“ kann seit 2014 beziffert werden und fällt vermutlich zu gering aus, um eine umfangreiche Kostenmiete ausgleichen zu können.

Die Kommunalaufsicht hat daraufhin in ihrer Haushaltsverfügung zum Haushalt 2015 nachdrücklich eine Einbeziehung der Verluste des Immobilienbetriebs in die zukünftige Fortschreibung der Ergebnis- und Finanzplanung des Kernhaushaltes gefordert.

Daneben hat die Gemeindeprüfungsanstalt anlässlich der Prüfung des Jahresabschlusses 2014

des Immobilienbetriebes das Erfordernis einer Vereinbarung über kostendeckende Mieten festgestellt.

Im Doppelhaushalt 2016/2017 hat die Stadt wegen fehlender Deckungsmöglichkeiten erneut keine Kostenmiete für den Immobilienbetrieb veranschlagt, hat jedoch im Vorfeld der Anzeige der Haushaltssatzung 2016/2017 bei der Kommunalaufsicht den Dialog zu diesem Thema gesucht. Hierbei hat die Stadt die Anwendbarkeit der EigVO NRW auf den Immobilienbetrieb in Frage gestellt bzw. für den Fall, dass die EigVO NRW doch anwendbar sein sollte, auf den § 10 Abs. 6 EigVO NRW verwiesen, der unter bestimmten Voraussetzungen eine Buchung von Verlusten gegen das Eigenkapital ermöglicht. Gleichzeitig hat die Stadt erklärt, dass sie dennoch bemüht sei, eine angemessene Miete zu vereinbaren, und derzeit entsprechende Ermittlungen vornehme.

In Anerkennung der grundsätzlichen Bereitschaft der Stadt, der Forderung nach einer Kostenmiete Rechnung zu tragen, hat die Kommunalaufsicht die Genehmigung des HSK mit der Auflage erteilt, dass im Wege einer Nachtragssatzung ab 2017 eine angemessene Kostenmiete in den Haushalt eingestellt wird.

Zuständigkeit für die Entscheidung über das weitere Vorgehen

Die Genehmigung für die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts mit dem von der Kommunalaufsicht vorgeschlagenen Inhalt modifiziert den ursprünglichen Beschluss des Rates, so dass gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe h der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) eine Zustimmung der Stadt zu der vom Kreis aufgegebenen Vorgehensweise der Billigung des Rates bedarf.

Da bis zum Ablauf der Klagefrist (03.06.2016) keine Ratssitzung terminiert war, hat die Verwaltung fristwährend Klage gegen die erteilte Auflage erhoben und damit sichergestellt, dass der Rat in seiner nächsten regulären Sitzung am 05.07.2016 über das weitere Vorgehen entscheiden kann, ohne dass Fristen versäumt wurden.

Weiteres Vorgehen

Vordringlich steht die Entscheidung darüber an, ob die fristwährend eingereichte Klage gegen die Auflage des Landrates aufrechterhalten oder zurückgenommen werden soll.

Sowohl der Fachbereich 2 (Finanzen) als auch der Fachbereich 3 (Recht, Sicherheit und Ordnung) haben unabhängig voneinander eine Bewertung der Auflage der Kommunalaufsicht vorgenommen, wobei sich der Fachbereich 2 eher den betriebswirtschaftlichen/praktischen Aspekten und der Fachbereich 3 eher den juristischen Aspekten zugewandt hat. Beide Fachbereiche sind zu dem Schluss gekommen, dass die Auflage der Kommunalaufsicht zulässig ist und eine Klage kaum Erfolgsaussichten hätte.

Wegen der mangelnden Erfolgsaussichten wird empfohlen, von der Durchführung eines Klageverfahrens abzusehen.

Für das weitere Vorgehen nach Rücknahme der fristwährend eingereichten Klage sind verschiedene Alternativen denkbar, die allerdings zum Teil noch nicht hinreichend

konkretisiert sind und zurzeit verwaltungsintern sowie in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht geprüft werden. Daher wird vorgeschlagen, dass die Verwaltung die Prüfung der weiteren Handlungsoptionen fortsetzt und dem Rat in seiner nächsten Sitzung einen Entscheidungs-vorschlag unterbreitet.

Anlage 1: Verfügung des Landrates vom 29.04.2016